

Z U S A T Z A N T R A G

der Abgeordneten Schabl, Antoni, Cerwenka, Dworak, Findeis, Gartner, Ing. Gratzner, Jahrmann, Kadenbach, Kernstock, Mag. Leichtfried, Onodi, Razborcan, Mag. Renner und Rosenmaier

gemäß § 60 LGO 2001 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Mag. Wilfing u.a. betreffend Konjunkturmaßnahmen zur Stützung der NÖ Wirtschaft, Ltg. 145,

betreffend Schaffung von ergänzenden Maßnahmen zum Konjunkturpaket

Das im Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Mag. Wilfing und anderer enthaltene Konjunkturpaket ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, um der niederösterreichischen Wirtschaft über die Schwierigkeiten der Konjunkturabschwächung zu helfen und verdient daher volle Unterstützung. Besonders den Klein- und Mittelbetrieben ist bei Investitions- und Betriebsmittelfinanzierungen zu helfen.

Wir brauchen über alle Parteigrenzen hinweg einen gemeinsamen Kraftakt unter Einbindung der politischen Parteien des Landes und der Sozialpartner, mit Modellen, mit denen Kaufkraft, Beschäftigung und Investitionen gesichert werden. Gerade die Anstrengungen im Wirtschaftsbereich bekommen Substanz, wenn sich alle politischen Kräfte einbringen und der breite Konsens gesucht wird.

Um jedoch auch regionale Projekte in Form von gezielter Standortpolitik, durch Zuschüsse oder Investitionen zu fördern, bedarf es neben den bereits im Hauptantrag angesprochenen Maßnahmen weiterer Schritte, um den wirtschaftlichen Herausforderungen, die der bereits begonnene Wirtschaftsabschwung mit sich bringt, entgegenzusteuern. Mit der Schaffung eines NÖ Zukunftsfonds könnten durch den Einsatz eines Sondervermögens zur Förderung innovativer und zukunftsweisender Projekte in den Bereichen Wirtschaft, Tourismus, Forschung und Entwicklung, Infrastruktur, Informations- und Kommunikationstechnik, Bildung, Sport, Soziales und Umweltschutz wirksame Maßnahmen zur Steigerung der Dynamik und Wettbewerbsfähigkeit Niederösterreichs gesetzt werden. Mit dem Einsatz von 500 Mio. Euro kann unter Ergebnisverantwortung die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes in den Regionen

Niederösterreichs nachhaltig gesteigert, aber auch die Lebensqualität verbessert werden. Diese Mittel können aus dem Ablauf von kurzfristigen Investments aus den veranlagten Wohnbaufördermitteln finanziert, somit weitaus gewinnbringender als bisher eingesetzt werden und direkt in die NÖ Wertschöpfung einfließen. Dieser NÖ Zukunftsfonds sollte sich nicht nur der bisherigen Finanzierungsinstrumente wie Darlehen und Zuschüsse bedienen, sondern auch selbst zumindest befristet eigenkapitalbildende Maßnahmen - etwa durch Übernahme von Projekten – setzen.

Eine weitere Maßnahme muss die Erweiterung der Nahversorgungsförderung sein, die im Gegensatz zur derzeitigen Förderpraxis, die auf wenige Branchen beschränkt ist, auf weitere Branchenbereiche ausgeweitet werden sollte.

Ebenso sollte die Absenkung der Umsatzgrenze von derzeit € 2 Mio. für Risikokapitalfinanzierungen der NÖBEG erfolgen, um vor allem auch Kleinbetrieben dieses Finanzierungsinstrument mehr zu öffnen.

Auch der Bedarf an entsprechend ausgebildeten Facharbeitern ist stetig im Steigen begriffen und für einen attraktiven Wirtschaftsstandort bzw. für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik eine unabdingbare Notwendigkeit. Um diesen Parametern Rechnung zu tragen, sollte daher raschestmöglich mit der Installierung der überbetrieblichen Lehrwerkstätten begonnen werden. Hier soll vor allem Jugendlichen, die nach Beendigung der Schulpflicht keine geeignete Lehrstelle finden, sozial benachteiligten und lernschwachen Jugendlichen sowie Bildungsabbrechern eine Chance gegeben werden. Aber auch für leistungsstärkere Jugendliche in Lehrberufen mit Fachkräftemangel und nicht ausreichendem Lehrstellenangebot sollen Ausbildungsplätze geschaffen werden.

Trotz all dieser Bemühungen werden manche Unternehmen nicht zu halten sein. Dies führt naturgemäß zur Freisetzung von Beschäftigten, wobei wiederum vielfach Frauen betroffen sind. Es ist daher notwendig, Modelle zu schaffen, die eine Kombination von Arbeitsmarktpolitik und Sozialpolitik darstellen. Daher sind auch regionale Projekte mit arbeitsmarktpolitischen Trägerorganisationen geplant, in Form von Regionalarbeitsstiftungen für Klein- und Mittelbetriebe.

Daneben zeigt sich auch, dass es zunehmend Betriebe gibt, die zwar mit Kurzarbeit nicht mehr das Auslangen finden, jedoch in einem überschaubaren Zeitraum aufgrund zu erwartender Aufträge wieder Arbeitskräfte nachfragen. Auch dafür sollten die Möglichkeiten der Arbeitsstiftungen genutzt werden, um den Beschäftigten in der Überbrückungsphase Fortbildungen und Höherqualifizierungen zu ermöglichen.

Die Gefertigten stellen daher den

A n t r a g

Der hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung in Ergänzung der Konjunkturmaßnahmen zur Stützung der NÖ Wirtschaft

- ~~einen NÖ Zukunftsfonds einzurichten,~~
- ~~die Nahversorgungsförderung auf weitere Branchen auszudehnen,~~
- im Bereich der NÖBEG eine Absenkung der Umsatzgrenze für Risikokapitalfinanzierungen zu veranlassen

~~sowie gemeinsam mit dem Arbeitsmarktservice Niederösterreich~~

- ~~branchen- bzw. frauenspezifische Arbeitsmarktstiftungen zu installieren,~~
- ~~rasch regionale Arbeitsstiftungsmodelle mit arbeitsmarktpolitischen Trägerorganisationen zu verwirklichen und~~
- ~~raschest möglich mit der Installierung der überbetrieblichen Lehrwerkstätten zu beginnen.~~